

5. Teil.

Bodenverbesserung.*)

Von Landwirtschaftsberater Krüger-Zehlendorf.

Die Beurteilung der gesamten landwirtschaftlichen Verhältnisse stößt auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Alle Angaben, die darüber vorliegen, sind nur von sehr zweifelhafter Richtigkeit und daher mit der größten Vorsicht zu verwerten. Dies hat seine Ursache darin, daß ja die landwirtschaftlich-wirtschaftliche Verwaltung nicht kreisweise zusammengefaßt wird in einem Zentralpunkt, als dessen Leiter ein in praktischer und wissenschaftlicher Landwirtschaft erfahrener Fachmann fungiert, sondern ein Jurist. Die Fehler in sämtlichen Landfragen beginnen also bereits bei der untersten Zentralsammelstelle, dem Kreise. Trotz allen guten Willens und einer guten allgemeinen Vorbildung ist ein juristisch vorgebildeter Landrat nicht imstande, all die Dinge und ihre Tragweite zu beurteilen, die die Landwirtschaft und die land-

*) Unterstaatssekretär Kamm schrieb Anfang 1919 einen wertvollen Artikel „Die gegenwärtige Lage der deutschen Landwirtschaft und ihre Aufgaben für die nächste Zukunft.“ Er zählte in sachgemäßer Reihenfolge die verschiedenen Gebiete der Landwirtschaft auf und erklärte die im Gegensatz zum Frieden im Kriege eingetretenen Verhältnisse und ihre Folgen. Er weist darauf hin, daß unsere einzige Rettung im Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, insbesondere der Landwirtschaft ist. Dieser kann aber nur erfolgen nach richtiger Verteilung und Bearbeitung des Bodens. Großbesitz, Mittel- und Kleinbesitz müssen in sozialer, sachgemäßer und zweckentsprechender Weise verteilt werden. Da noch ausreichend viel unbebauter Boden in Preußen als Heide oder Moor vorhanden ist, dürfte bei rechtmäßiger Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskräfte für die Zukunft ein Erfolg gesichert sein, der nicht allein unsern Bedarf an Feldfrüchten deckt, sondern auch eine erhöhte Viehwirtschaft zur Folge hätte. Eine Erweiterung der Schafzucht könnte eine große Wollproduktion hervorbringen, die uns vom Beziehen der Wolle aus dem Auslande befreit. In ähnlicher Weise dürfte die weitere Ausnutzung der Faserstoffherzeugung (Hanf usw.) ein Selbständigmachen Deutschlands zur Folge haben.

wirtschaftliche Statistik angehen. Auch sein Unterpersonal, das sich größtenteils zusammensetzt aus landwirtschaftlich nicht fachmännisch (höchstens praktisch) vorgebildeten Leuten, ist nicht in der Lage, auch nur annähernd die in Frage kommenden, für die Oberleitung höchst wichtigen Punkte und Einzelheiten zu verstehen und festzulegen; denn es muß hier an dieser Stelle einmal gesagt werden: Die Erfassung der gesamten landwirtschaftlichen Verhältnisse ist eine der schwierigsten Aufgaben, die der Volkswirtschaftsleitung überhaupt gestellt werden können. Es ist fast unmöglich, ein auch nur annähernd richtiges Bild der gesamten Lage festzulegen, da diese Lage dauernd wechselt. Das hat seinen Grund darin, daß die gesamte Landwirtschaft in ihrem ganzen Wesen und Wirken abhängig ist von der Natur und ihren Gesetzen, sowie von wechselnden örtlichen Verhältnissen. Nur der gewiegte Fachmann, der sowohl wissenschaftlich als praktisch über die nötige Erfahrung verfügt, der seinen Dienstbezirk seit Jahren genau kennt, dürfte in der Lage sein, annähernd richtige Unterlagen für die Volkswirtschaftsleitung zu erbringen.

Aus diesen Ausführungen geht bereits hervor, wie wenig brauchbar all die Ermittlungen und Unterlagen sind, die im Laufe der letzten Jahre der Reichsregierung durch die erwähnten Unterorgane zur Verfügung gestellt worden sind.

Man könnte nun einwenden, daß ja die Landwirtschaftskammern mit ihrem Stabe von Landwirtschaftslehrern und anderen Fachbeamten eigentlich berufen seien, diese Lücke in der Organisation der Volkswirtschaft auszufüllen.

Berufen wären sie ohne Zweifel dazu, ob aber ihre Leistungen tatsächlich den zu stellenden Forderungen haben entsprechen können, will mir mehr als zweifelhaft erscheinen. Die Landwirtschaftskammern sind Organe, die sich zusammensetzen im wesentlichen aus einer überwiegenden Mehrzahl von Großgrundbesitzern. In wenigen Provinzen nur spielen die bäuerlichen Besitzer oder gar die Kleinbesitzer überhaupt auch nur eine Nebenrolle in diesem Verbände. Das von den Kammern angestellte Fachbeamtenpersonal ist vollständig abhängig von der Gnade oder Ungnade der Großgrundbesitzer. Es ist zum Teil so gestellt, daß es selbst nach 20 jähriger Dienstzeit noch nach $\frac{1}{4}$ jähriger Kündigung ohne Angabe eines Kündigungsgrundes entlassen werden kann. Selbstverständlich ohne Pension. Da nun diese Kammern keine Staatsinstitute sind, sind auch ihre Beamten weder Staatsbeamte, noch Provinzialbeamte, noch Kommunalbeamte. Sie sind zwischen Baum und Borke gestellt, haben einen engbegrenzten Wirkungskreis, der ihnen durch ihre abhängige Stellung genau umzirkelt wird und können weder nach oben noch

nach unten in sachgemäßer Weise sich auswirken. Besonders zu bemerken ist noch, daß diese Kammerbeamten aus Provinzialumlagen besoldet werden! Das hindert natürlich nicht, daß einzelne besonders tüchtige Beamte (z. B. Winterschuldirektoren) infolge ihrer persönlichen Vorzüge Einfluß auf weitere Kreise des wirtschaftlichen Lebens gewonnen haben. Im allgemeinen war es aber bisher immer so, daß diese für das gesamte Wirtschaftsleben so außerordentlich nötigen Fachleute keinerlei Einfluß auf die landwirtschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse im Verwaltungswesen besaßen. Soll überhaupt jemals Klarheit in die ganze landwirtschaftlich-wirtschaftliche Frage gebracht werden, so ist unbedingt zu fordern:

1. Daß die Kammern Staatsinstitute werden und damit unabhängig gemacht werden vom Großgrundbesitz, dem selbstverständlich ebenso wie dem Klein- und Kleinstbesitz beratende Stimmen in der Kammer nicht versagt werden dürften.

2. Auch die Winterschuldirektoren und Landwirtschaftslehrer müßten Staatsbeamte werden, damit sie unabhängig werden vom Großgrundbesitz.

3. Jeder Kreis braucht zur Leitung aller landwirtschaftlich-wirtschaftlichen Dinge einen derartigen Landwirtschaftslehrer, der sich praktisch und theoretisch als Fachmann auskennen muß.

4. Die im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Bevölkerungszahl (1916 rund 62 Millionen) lächerlich geringe Anzahl von landwirtschaftlichen Schulen (nach Menzel und Lengerke 1919 rund 550 Schulen) ist tunlichst rasch so zu vermehren, daß mindestens in jedem Kreis eine Schule, entsprechend der Kopfzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung vielleicht sogar mehrere derartige Institute eingerichtet werden.

5. In die Hand des dem Landratsamt beigeordneten (nicht untergeordneten) landwirtschaftlichen Fachmannes müssen alle Fäden der landwirtschaftlich-wirtschaftlichen Dinge zusammenlaufen. Nur auf diese Weise ist es möglich, endlich in die verfahrenen und absolut unklaren Verhältnisse, besonders in Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben, einen Einblick zu bekommen, der von dauerndem Werte bleiben wird für die Wirtschaftsleitung. Alle Schwierigkeiten, die sich heute der Regelung, z. B. der Arbeitsverhältnisse, der Arbeiterverhältnisse, der Meliorationsverhältnisse usw., entgegenstellen, würden sofort beseitigt sein, wenn wir in jedem Kreise einen sachmännisch und praktisch vorgebildeten verantwortlichen Fachmann sitzen hätten, der über diese Dinge authentisch Auskunft zu erteilen verpflichtet wäre.

Es sei hinzugefügt, daß eine ähnliche Einrichtung durch die staatlichen Landwirtschaftslehrer in süddeutschen Staaten, z. B. in

Bayern, bereits seit lange erfolgreich besteht. Dadurch haben sich dort die landwirtschaftlich-kriegswirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich einfacher und leichter gestalten lassen, die verschiedenen Schätzungen der Vorräte usw. sind weit richtiger und brauchbarer ausgefallen als bei uns in Norddeutschland, kurzum, die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse waren klarer und einfacher zu handhaben. Diese großen Vorteile im Wirtschaftsleben machten sich bereits angenehm fühlbar, obgleich den staatlichen bayrischen Landwirtschaftslehren in ihren Dienstbezirken auch nicht annähernd die Befugnisse zustanden, wie sie in obigen Grundsätzen gefordert wurden und wie sie allein heilsam für die Volkswirtschaft sein würden. Ich betrachte auf Grund dieser kurzen Andeutungen obige Vorschläge als die Grundlage für einen ersprießlichen Aufbau der landwirtschaftlich-wirtschaftlichen Dinge und sehe keinen andern Weg, um endlich der Volkswirtschaftsleitung brauchbares Material als Unterlage zu beschaffen.*)

Ländliche Arbeiter.

Die Landwirtschaft ist durch den Krieg zu extensiverer Wirtschaft gezwungen worden und kann durch die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse (Futtermangel, Viehmangel, Düngermangel, Saatgutmangel, Maschinenmangel usw.) sich noch nicht entschließen, wieder zu intensiverer Betriebsführung ihre Vorbereitungen zu treffen. Zum Teil dürfte sich ja auch diese Intensivierung aus den oben erwähnten Mängeln am notwendigsten vorerst in der Mehrzahl der Betriebe grundsätzlich verbieten.

Ein weiteres Moment für die Verschleierung der wirklichen Zustände auf dem ländlichen Arbeitsmarkt ist entschieden der Umstand, daß man in ganz unruhige, verkehrte Elemente auf dem Lande sehen würde, da dadurch eine Erhöhung der allgemeinen Unsicherheit befürchtet wird.

Es ist sogar denkbar, daß dieser Umstand noch vielen leidlich intensiven Betrieben zu extensiverer Bewirtschaftung Veranlassung

*) Auch Professor Warmbold tritt im Januarheft der „Fühlings-Landwirtschaftl. Zeitung“ für eine umfangreiche Wirtschaftsberatung als ein wesentliches Mittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung ein. Der Plan des preussischen Landwirtschaftsministers Braun, in allen Provinzen Landeskulturämter zu errichten, dürfte über die Pläne Warmbolds und Krügers noch weit hinausgehen; da diese Ämter nicht nur Wirtschaftsberatung und Bodenverbesserung, sondern auch Siedlungsarbeit und alle anderen Fragen der ländlichen Wirtschaftsförderung zu leisten haben.

sein wird. Man wird sich lieber entschließen, weniger Erträge erzielen zu wollen, als sich direkter Gefahr auszusetzen. Mein schon aus diesem Grunde wird es ganz außerordentlich schwer sein, sich ein klares Bild des ländlichen Arbeitsmarktes zu beschaffen. Nur der völlig von der Landwirtschaft unabhängige Fachmann ist in der Lage, von Betrieb zu Betrieb seines Dienstbezirks gehend, an Hand einer den Verhältnissen angepaßten Zählkarte die nötigen Unterlagen, auf denen man dann wirklich fußen könnte, zu beschaffen. Alles übrige auf Schätzung hinauslaufende Unterlagematerial ist minderwertig. Daß der Arbeiterbedarf viel größer sein muß, als er angegeben wird, ergeben folgende Erwägungen:

Erwerbstätige in der Landwirtschaft hatten wir im Jahre 1915 ca. 10 Millionen Menschen, darunter 5 Millionen Männer, 2½ Millionen in wehrfähigem Alter (Siehe Ehrenberg, Vortrag in der Studienkommission für Erhaltung des Bauernstandes am 15./16. 11. 15). Von dieser Zahl wären in Abzug zu bringen die Kriegsverluste (Gefallene, Invaliden und Gefangene) mit etwa ¼ Million (nach Ehrenberg). Wir hatten 1914 ca. 400 000 gezählter Wanderarbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben nötig (Ehrenberg). Diese Zahl ist mit Vorsicht zu behandeln, da es üblich war, daß die Güter ihre Vorschnitter an die Grenze schickten zur Leutewerbung, und daß diese recht große Zahl wild angeworbener Leute, ohne die Zählzentrale zu passieren, in das Land geschmuggelt wurden. Viele dieser Leute besaßen 2—3 verschiedene Pässe. Schon aus diesem Grunde verbot es sich, ihre genaue Anzahl zu ermitteln. Daher erscheint die angegebene Kopfzahl von 400 000 Wanderarbeitern recht gering und man wird wohl wenig irren, wenn man mindestens ½ Million als die richtigere Zahl annimmt.

Während des Krieges nun ist eine große Anzahl ländlicher Arbeitskräfte (männlich und weiblich) in die Kriegsindustrie abgewandert der hohen Löhne wegen. Auch haben die verschiedenen Wirtschaftsstellen der Kriegsämter eine Menge von Arbeitern aufgejogen. Angaben über die Kopfzahl dieser Arbeitskräfte sind meines Wissens nirgends zu ermitteln. Immerhin darf diese Anzahl nicht gerade als nebenjächlich betrachtet werden. Aus den mir vorliegenden Angaben über meinen Arbeitsbezirk schätze ich die Gesamtsumme der auf diese Weise der Landwirtschaft abgewanderten Arbeitskräfte auf ca. ½ Million.

Da in den nächsten Jahren aus Mangel an Düngemitteln eine vermehrte Bodenbearbeitung gebieterisch erforderlich ist, um, soweit es die Verhältnisse gestatten, die Erträge am Sinken zu verhindern, ist die Einstellung einer größeren Anzahl von Hand-

arbeitern in der Landwirtschaft als bisher unbedingt erforderlich. Dazu kommen noch viele Arbeitskräfte zur Bewältigung der Wiederherstellungsarbeiten und Baulichkeiten usw., die im Kriege nicht vorgenommen werden konnten, die aber ebenfalls eine erhebliche Anzahl von Arbeitern erfordern dürften.

Daher die Schlußfolgerung:

In Abzug zu bringen sind die Schnitter und Wanderarbeiter, die heute schon abgewandert sind, teils baldigst abgehoben werden dürften, ferner der Ausfall durch Kriegsverluste, drittens die Abwanderung in die Kriegsindustrie (diese Arbeitskräfte fallen heute zum großen Teil als Arbeitslose der Arbeitslosenunterstützung zur Last, können sich aber nicht entschließen, aufs Land zurückzukehren), viertens der Mehrbedarf an Arbeitern gegen früher, bedingt durch vermehrte Bodenbearbeitung, Wiederherstellungsarbeiten und intensiverer Wirtschaft.

Diese Ermägungen in Zusammenhang gebracht mit dem Vorstehenden, lassen die Schätzung berechtigt erscheinen, daß der Arbeiterbedarf in der Landwirtschaft rund auf $1\frac{1}{2}$ —2 Millionen Arbeitskräfte gezählt werden kann.

Bei zunehmender Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse, vor allem dann, wenn es uns möglich sein wird, durch Einfuhr von Kunstdüngemitteln (Phosphate) an die Steigerung der Produktion zu denken, wird der Arbeiterbedarf bei fortschreitender Intensivierung, ich möchte richtiger sagen Industrialisierung der landwirtschaftlichen Betriebe beträchtlich anschwellen müssen. Doch lassen sich hierfür nur wissenschaftliche Rückschlüsse und Behauptungen aufstellen, für die hier nicht der Raum sein dürfte.

Nahrungsmittel.

Die Erzeugung von Nahrungsmitteln ist in den wichtigsten Teilen um 45, beim Roggen sogar um 65 vom Hundert, bei den Kartoffeln um 75 vom Hundert, zurückgegangen!

Vor allen Dingen aus Düngemangel (Stickstoff und Phosphate), dann auch aus Mangel an Zugvieh und Arbeitskräften. Diese beiden letzten Faktoren wären zu erregen, wohingegen die ersteren teils der Gnade unserer Feinde, teils der Arbeitswilligkeit und den Kohlenbeschaffungsmöglichkeiten überlassen bleiben. Ich bin der Ansicht, daß der Abstieg in den Gesamterträgen für die nächsten Jahre noch krasser werden muß, wenn es nicht gelingt, die vorerwähnten Hauptübel abzutreiben.

Arbeitsverhältnisse auf dem Lande.

Eine Beurteilung der Arbeitsverhältnisse auf dem Lande ist wie eingangs erwähnt wurde, aus Mangel an brauchbarem Unterlagenmaterial zur Zeit völlig unmöglich. Diese Verhältnisse sind örtlich derartig verschieden und wechseln so häufig, daß es völlig unmöglich sein dürfte, auch nur einigermaßen allgemeine Grundzüge zu finden. Es muß immer von Ort zu Ort und von Fall zu Fall entschieden werden. Das kann nur geschehen durch sachgemäßes Zusammenwirken der von mir vorgeschlagenen landwirtschaftlich-wirtschaftlichen Kreisämter, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. An vielen Stellen, wo die Verkehrsverhältnisse wenig günstig liegen, wird das Hauptgewicht auf Naturallohn gelegt werden müssen, an anderen Stellen wieder, in der Nähe einer Stadt usw., wird es der Arbeiter vorziehen, höheren Barlohn zu erhalten. Im allgemeinen ist wohl zu sagen, daß der Lohn nach Möglichkeit der geforderten Arbeitsleistung anzupassen ist, und daß es sich aus diesem Grunde empfiehlt, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich zu einem für die örtlichen Verhältnisse passenden Arbeitstarif einigen unter unparteiischer Leitung des vorgeschlagenen Kreiswirtschaftsamtes. Da wir in der Landwirtschaft bei fast allen Tätigkeiten völlig von Elementargewalten abhängen, sich auch in der Viehzucht z. B. genaue Arbeitszeiten unmöglich feststellen lassen, ist es nicht zu vermeiden, daß auch hier Einzelvereinbarungen, von Fall zu Fall den Verhältnissen angepaßt, sich als nötig erweisen werden. Die Verpflegung geschieht zum großen Teil bei eignen Leuten auf eigener Hand, fremde Leute würden aus der Betriebsküche gespeist werden müssen, wie das ja bisher auch meist üblich gewesen ist. Auch hier müßte meiner Meinung nach ähnlich wie bei den Schnittern ein bestimmtes Deputat an wöchentlich zu liefernden Nahrungsmitteln pro Kopf den örtlichen Verhältnissen angepaßt vereinbart werden. Für eigene Leute ist im Arbeitsvertrag ein ausreichendes Quantum an Heizmaterial schon immer vorgesehen worden, das die Betriebsleitung zu liefern hatte. Die etwa von fremden Leuten bewohnten Männlichkeiten wurden bisher stets auf Betriebskosten geheizt. Es blieb jeweiliger Vereinbarung überlassen, ob die Beheizung von einem Beauftragten des Betriebsleiters vorgenommen wurde oder ob das Heizmaterial insgesamt angeliefert und von den jeweiligen Verbrauchern dann nach eigenem Ermessen verwandt wurde. Was die Wohnungsfrage anbelangt, so ist in weiten Kreisen der landwirtschaftlichen Bevölkerung hier ein grundlegender Wandel nötig, besonders dann, wenn Arbeiter aus städtischen Verhältnissen zurückkehren zur ländlichen Arbeit. Was dort im einzelnen erreichbar und wünschenswert erscheint, muß den Bau Sachverständigen überlassen bleiben.

Um die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande zu regeln, würde es bei Lage der Dinge von Fall zu Fall nötig werden, daß ein unabhängiger unparteiischer Fachmann an Ort und Stelle die Verhältnisse regelt. Es läßt sich das niemals übers Rnie brechen, weil dort häufig zu viel Dinge mitsprechen, die man aus der Ferne gar nicht zu beurteilen in der Lage ist. Im allgemeinen wird sich der ländliche Arbeitgeber bis zu einem gewissen Grade sträuben, die Arbeiterverhältnisse entsprechend den industriellen zu gestalten, weil er dadurch eine Belastung seines Gesamtbetriebes fürchtet. Es wird unendlich schwer halten, diesen Widerstand zu überwinden, denn es ist fast ausgeschlossen, rechnerisch die große Masse der Landwirte zu überführen von ihren Irrtümern, da nur ein ganz verschwindend kleiner Teil überhaupt über seinen Betrieb Buch zu führen für nötig befindet, und da wiederum ein großer Teil der dennoch vorhandenen Buchführungen als völlig unzureichend sich erweisen dürfte. Das ist auch eine Frage, die zu regeln ein Grundsatz unserer neuen Volkswirtschaft sein müßte, und um die wir nicht herumkommen werden, wenn wir überhaupt Einblick in die landwirtschaftlichen Verhältnisse bekommen wollen. Da es unmöglich ist, nach einem bestimmten Schema in jeder Wirtschaft Buch zu führen, da auch hier wieder von Fall zu Fall die passende Buchführung erst geschaffen werden muß, in Anpassung an die Intelligenz des Wirtschaftsleiters, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die nötigen Erfordernisse der Volkswirtschaftsleitung, so fordert auch schon dieser Umstand unbedingt die eingangs erwähnten Kreiswirtschaftsämter. Denn nur der gewiegte Fachmann, der sich praktisch und theoretisch auskennt, der die Verhältnisse seines Dienstbezirks genau kennt, ist in der Lage, für die Einrichtung einer sinngemäßen landwirtschaftlichen Buchführung Anleitung zu geben. Auch dieser Umstand will wohl überlegt werden. Er ist grundlegend mit für den Aufbau einer erproblichen neuen Wirtschaft.

Bodenverbesserungsprojekte.

Ueber die Eignung und Durchführbarkeit der vom Landwirtschaftsministerium mitgeteilten Bodenverbesserungsprojekte kann kein Zweifel bestehen, da diese Projekte in den vorerwähnten Angaben sachmännisch überprüft sind. Es ist mir unmöglich, Einzelheiten für die Durchführung dieser Projekte anzugeben, bevor mir nicht die Projekte selber im einzelnen vorgelegen haben und bevor ich nicht an der Hand dieser Unterlagen an Ort und Stelle die Projekte habe nachprüfen können. Aus diesem Grunde verbietet sich auch von hier aus für jeden Fachmann die Angabe darüber, inwieweit durch Vermehrung

der Arbeitskräfte die Bauzeit der Projekte abzukürzen ist. Das muß in jedem Einzelfalle nach genauer Unterrichtung über alle Fragen entschieden werden. Was nun die Anzahl der vorliegenden Projekte anbetrifft, so bin ich auf Grund meiner fachmännischen Erfahrung vollauf zu der Annahme berechtigt, daß ein großer Teil der geplanten, vor allem der noch gar nicht einmal von amtlicher Seite in Erwähnung gezogenen Projekte überhaupt heute nicht zur Sprache gekommen ist. Nach Angabe von Geh. Rat Tacke (Urbarmachung von Heiden und Mooren in „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege“) beträgt die Gesamtfläche der kulturwürdigen Moor- und Heideflächen Deutschlands einschließlich der kultivierten 4 195 500 Hektar. Davon sind melioriert worden bis 1912 durch die Forstverwaltung 8213 Hektar, privat ca. dasjelbe. Nach einer Zusammenstellung vom Ende des Jahres 1916 wurden in Preußen auf Grund der Verordnung vom 7. 11. 14 rund 25 000 Hektar fertiggestellt. In Arbeit sind 17 300 Hektar. Ferner 29 700 Hektar und 20 400 Hektar. In Bildung begriffen waren 16 300 Hektar. Wenn man diese Ziffern mit der Ausgangszahl vergleicht, so bleibt noch ein recht beträchtlicher Anteil übrig, der neuer Kulturarbeit harret.

Es muß bei Besprechung der Meliorationen ein erschwerender Umstand ganz besonders zur Sprache gebracht werden Die Aufstellung der Meliorationsprojekte erfolgt größtenteils durch die Kreiswiesebauämter oder die Regierungsbauämter. Die Leitung der Durchführung der Projekte liegt in Händen von Kulturingenieuren bezw. Wiesentechnikern. Dabei hat sich folgender Uebelstand im Laufe der Jahre immer mehr herausgebildet: Die Leiter der Bauten sind natürlich, was den kulturtechnischen Teil ihrer Arbeiten betrifft, größtenteils ausgezeichnete Fachmänner. Was nun aber den landwirtschaftlichen Teil der Melioration anbelangt, also den Teil, der nun den eigentlichen Gewinn erbringen soll, da fehlt es häufig doch recht weit. Ist eine Wieje oder Dedlandfläche kulturtechnisch hergerichtet, so muß nun der landwirtschaftlich-technische Teil einsetzen. Es handelt sich also darum, nun die richtige Bearbeitung, Düngung, Nutzung und Pflege des gewonnenen Bodens anzuordnen, bezw. den Landwirten klar zu machen, damit sie selber nun das tun können, was nötig ist. In diesen Punkten versagen recht häufig die erwähnten kulturtechnisch vorgebildeten Beamten, und es stellt sich dann der Uebelstand heraus, daß nun zwar ein Meliorationsprojekt seit Jahren durchgeführt ist, daß aber die Landwirte es aus Unkenntnis versäumen, die nötigen Folgeeinrichtungen (Bodenbearbeitung, Düngung, Anjämung und Pflege) in der richtigen Weise vorzu-

nehmen. Dadurch entstehen große Ausfälle, und die Rentabilität des durchgeführten Projekts wird dadurch erheblich beeinflusst. Zahlenangaben siehe Tabelle 1 und 2. Diesem Uebelstande kann auch nur abgeholfen werden durch die eingangs erwähnten Kreiswirtschaftsämter.

Geldbeschaffungswege.

Es gibt 2 staatliche Fonds, die sich jährlich auf eine bestimmte Summe belaufen, zur Geldbeschaffung für Meliorationen, aber nur für Genossenschaften. Der eine Fonds hat Gültigkeit für das Gebiet östlich der Elbe, der andere für westlich bzw. südlich gelegene Teile. Im übrigen wurden bisher Mittel für Meliorationen auch noch aus Provinzialfonds zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind flüssig zu machen nach Vorlegung der Projekte durch die Regierung.

Enteignungsverfahren.

Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedelungsland, Berlin, 29. 1. 1919:
§§ 2, 3, Absatz 2, 4, 7, 13, 21.

Dungstoffe.

Diese Fragen sind selbstverständlich nur von Fall zu Fall zu entscheiden. An Dungstoffen mangelt es uns vor allen Dingen an Stallmist und Phosphaten. Beide wären bei gegebenen günstigen örtlichen Verhältnissen evtl. durch Fäkalien zu ersetzen. Anwendung der Fäkalien nach Besemfelder oder nach Verarbeitung zu Boudrette unter Zuhilfenahme von Straßenmüll. Welche Ertragssteigerung unter normalen Verhältnissen von verbessertem Boden zu erwarten ist, geht aus Tabelle 2 und 3 zweifelsfrei hervor. Es wird sich empfehlen, aus Mangel an Dungstoffen und Saatgut nur jene Meliorationsprojekte in Angriff zu nehmen, die durch reiche Bodenschätze ohne große Düngermengen sofortigen Ertrag versprechen. Als solche kommen in Frage: Alle reichen, gut zersetzten Niederungsmoore, sowie alle Schwemmlandsböden evtl. auch noch jene Liegenschaften, die durch Veriefelung mit nährstoffreichem Wasser ertragreich gemacht werden könnten.

Erhöhung des Ernährungszustandes.

Welche Erhöhung des Ernährungszustandes wir durch Bodenverbesserungen erwarten könnten, läßt sich selbstverständlich nicht so ohne weiteres beantworten. Es sei hier nur wieder auf Tabelle 1 und 2 verwiesen und auf die Möglichkeit, daß Niede-

rungsmoorböden sich in ganz ausgezeichnete Weise für Anbau von Gemüse eignen. Ferner sei anheimgegeben, daß nach Urteil von landwirtschaftlichen Sachverständigen der Boden Deutschlands in seiner heutigen Ausdehnung bei sachgemäßer, wirklich den modernen Errungenschaften von Landwirtschaft und Praxis entsprechender Bewirtschaftung ohne Zweifel in der Lage ist, ein Volk von 150 Millionen glatt zu ernähren. (Prof. Walldorf in „Arbeitsziele der Landwirtschaft nach dem Kriege“, Herausgegeben von Unterstaatssekretär von Braun, 1918). Da wir 150 Millionen Bevölkerung noch lange nicht erreicht haben, liegt es ganz ohne Zweifel nur an der ungeschickten und unzureichenden Uebermittlung des landwirtschaftlichen Fachwissens an die ausübende praktische Landwirtschaft, wenn wir heute überhaupt von Ernährungsschwierigkeiten reden müssen. Die Erhöhung der Bodenerträge und damit Verbesserung des Ernährungszustandes wird mit dem Moment in die Wege geleitet bzw. einjagen, wo wir uns entschließen, die Organisation der gesamten landwirtschaftlich-wirtschaftlichen Verhältnisse in die Hände von wirklich sachmännisch vorgebildeten verantwortlichen Männern zu legen, und wenn wir gleichzeitig dafür sorgen, daß die ausübenden praktischen Landwirte und die heranwachsende Generation in sinngemäßer Weise mit den Errungenschaften einer zeitgemäßen Landwirtschaft vertraut und bekannt gemacht wird. Das kann nur geschehen durch die Errichtung der Kreiswirtschaftsämter und durch die richtige Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Fortbildungsunterrichts, durch Belehrung und Wirtschaftsberatung in den Betrieben selber.

Wer führt die Bodenverbesserungen durch?

Träger der landwirtschaftlichen Meliorationsarbeiten sind entweder die Kreiswiesenaemter oder die Bauämter der Regierungen oder Private, unter Umständen Gemeinden oder Gemeindeverbände, Genossenschaften usw., stets unter Staatskontrolle. Die Arbeit der an erster und zweiter Stelle erwähnten Aemter läuft zusammen in den Provinzialregierungen und dann im Ministerium für Landwirtschaft. Als Träger für neu aufzustellende Projekte kämen an erster Stelle die erwähnten Kreiswirtschaftsämter in Frage. Solange diese nicht bestehen, ist ein tüchtiger Kreiswiesenaemter viel eher in der Lage, von neuen Projekten in seinen Kreisen überhaupt Kunde zu haben, wie ein Regierungsbaumeister, der schon wieder einen viel zu großen Wirkungskreis hat. Um neue Projekte aufzustellen, würde es sich also heute darum handeln, den Kreiswirtschaftsämtern in erster Linie, zweitens dann aber auch den Regierungsbauämtern

nach Anfrage das nötige kulturtechnische Personal baldmöglichst zur Verfügung zu stellen, sowie von seiten der Regierung die Mittel für diese Vorarbeiten flüssig zu machen.

Wie ist die praktische Inangriffnahme landwirtschaftlicher Meliorationen unter Zuhilfenahme Arbeitsloser sofort zweckmäßig einzuleiten?

Um überhaupt dem Reichswirtschaftsamt die geforderten zahlenmäßigen Unterlagen und Kostenanschläge für geplante Meliorationen und alledem, was damit zusammenhängt, auch nur einigermaßen richtig vorlegen zu können, ist es notwendig, sich über folgende Gesichtspunkte klar zu werden:

Es ist unbedingt erforderlich, daß uns eine größere Anzahl der sofort in Angriff zu nehmenden projektierten Meliorationen vorzulegen sind, und zwar nicht in der einzigen beim Landwirtschaftsministerium erhältlichen Uebersicht. Diese besagt für uns sehr wenig. Wir müssen vorgelegt erhalten Abschriften der Originalpläne und Zeichnungen. Aus diesen Plänen usw. haben wir uns geeignet erscheinende Objekte auszuwählen. Bei dieser Auswahl wird hauptsächlich das Augenmerk darauf zu richten sein, daß wir in erster Linie uns solche Ländereien aussuchen, die durch die Meliorationen für die Siedlung gewonnen werden sollen, denn wir werden bedeutend leichter und zahlreicher Arbeitswillige erhalten, wenn man ihnen sagen kann: *Schrichtet den Boden für Euch selber her!*

Ferner wird berücksichtigt werden müssen, daß wegen des Düngemittel- und Sämereienmangels nur solche Liegenschaften ausgewählt werden, die bei den herrschenden Verhältnissen Erträge versprechen. Als solche kommen z. B. in Frage gut zersetzte reiche Niedermoorböden, Schwemmlandböden und Ländereien, die mit nährstoffreichem Wasser beriebelt werden könnten. Auch könnte man in Frage ziehen Ländereien in der Nähe von Städten, die durch städtische Abwässer, Abfälle oder Fäkalien gedüngt werden könnten. (Siehe Leitfäden für Bodenverbesserung.)

Sind die in den Leitfäden enthaltenen Fragen und noch eine Reihe von Nebenfragen, die sich im Laufe der praktischen Arbeit ergeben werden, den Verhältnissen entsprechend sachtechnisch klargestellt, soweit sie in einer Vorausssage überhaupt klargestellt werden können, dann sind wir in der Lage, der Regierung für die ausgesuchten Meliorationsobjekte die nötigen zahlenmäßigen Unterlagen zu geben. Erst auf diese Weise wird es uns möglich, die voraussichtlichen Kosten und Einkünfte aus den Arbeiten leidlich richtig rechnerisch darzustellen. Alle andern Wege scheinen für uns

ungangbar und müssen unbedingt zu Fehlschlägen führen, da sowohl die Aufstellung der Projekte wie auch die Kostenverrechnung und alles, was damit zusammenhängt, von vollkommen anderen Gesichtspunkten als den für uns allein maßgebenden aufgestellt worden sind. Selbst bei den Projekten, die für Siedlungen nicht in Frage kommen, ist eine Nachprüfung der Verhältnisse nach den von mir gegebenen Gesichtspunkten unbedingt erforderlich, da auch sie den alten Verhältnissen entsprechend aufgestellt wurden, während wir vor vollkommen neuen Aufgaben stehen. Verschließt sich das Wirtschaftsamt diesen Vorstellungen nicht und gibt es uns Raum zu dem geplanten Vorgehen, so werden wir in verhältnismäßig kurzer Frist in der Lage sein, für dieses oder jenes Objekt die nötigen zahlenmäßigen Unterlagen zu erbringen und bei Bewilligung der entstehenden Kosten erfolgsversprechende Arbeit baldigst in Angriff nehmen können. Gleichzeitig mit dieser Auswahl aus den bereits fertig vorliegenden Projekten will es nötig erscheinen, den verschiedenen Kreiswiesenbauämtern oder Bauämtern das nötige technische Personal zur Verfügung zu stellen, damit für neue Meliorationsprojekte nunmehr gleich die Siedlung in den Vordergrund gestellt wird und alle von mir oben angeschnittenen Fragen die gebührende Berücksichtigung finden.

Es ist ganz ohne Zweifel möglich, auf diese Weise eine große Zahl von Arbeitern für das Gesamtwohl produktiv zu beschäftigen, die gleichzeitig damit für ihre eigene Zukunft schaffen. Wir dürfen uns nicht darüber im unklaren sein, daß gerade die Meliorationsarbeiten an den Arbeiter selber ziemlich große Anforderungen stellen, besonders dann, wenn es sich um Arbeiten in bisher versumpftem Gebiete handelt. Wird ihm aber ein Äquivalent dadurch geboten, daß er gewissermaßen für sich selber den Boden erobert, dann ist doch damit zu rechnen, daß wir eine große Anzahl von willigen Elementen zusammenbekommen werden. Bei den Meliorationsarbeiten an jenen Liegenschaften, die für Siedlungen nicht in Frage kommen, will es mir nötig erscheinen, den Arbeitern klar zu machen, um welche wichtige Dinge es sich handelt. Es muß ihnen auseinandergesetzt werden, daß sie auch hier eine Arbeit leisten, die im wesentlichen ihnen und den ihrigen zugute kommt, und zwar dadurch, daß durch Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten, mögen sie nun aus Vieh, Getreide oder Gemüsearten bestehen, die Gesamtproduktion der Landwirtschaft gesteigert wird, und daß dadurch die Ernährungsmöglichkeiten für das ganze Volk, besonders aber für den Industriearbeiter, für seine Frau und seine Kinder sich günstiger gestalten, die Lebensmittelpreise folglich herabgesetzt werden können.

Ein Kostenvoranschlag über ein Projekt allein nach den alten Grundsätzen ohne Berücksichtigung der hier von mir gegebenen neuen bisher nirgends berücksichtigten Gesichtspunkte muß irreführen und ist daher überflüssig. Will die Regierung verbindende Voranschläge haben, so soll sie uns Raum geben und die nötigen Mittel zur Verfügung stellen zur Erledigung der nötigen Vorarbeiten.

Tabelle I.

Stand 1914

Kreis	Größe der Grünlandflächen in ha	Von diesen Flächen wurden kulturtechnisch melioriert ha	Von diesen Flächen wurden zeitgemäß angebaut und bewirtschaftet ha	Ertrag der alten Flächen in Ztr. pro ha	Ertrag der Melioraturen in Ztr. pr. ha
1.	2.	3.	4.	5.	6.
A.	40 000	31 000	1450	40	180
B.	34 000	11 500	610	40	120
C.	30 000	15 000	100	20	160
D.	4 000	600	400	40	150
E.	12 500	2 750	700	70	200
F.	16 500	4 000	250	40	120
G.	6 000	200	25	60	140

Tabelle II.

Bei einem Zentnerpreise von 3 Mark stellen sich die Gesamterträge:

Kreis	Heutiger, wirklicher Ertrag	Heute möglicher Ertrag	Zukünftiger Ertrag nach völliger Melioration
A.	4 667 000 Mk.	16 758 000 Mk.	21 600 000 Mk.
B.	4 214 000 "	6 840 000 "	11 940 000 "
C.	2 200 000 "	8 100 000 "	14 400 000 "
D.	612 000 "	678 000 "	1 188 000 "
E.	2 877 500 "	3 697 500 "	7 500 000 "
F.	2 040 000 "	2 940 000 "	5 940 000 "
G.	1 173 000 "	1 881 000 "	2 520 000 "
	17 803 500 "	40 894 500 "	65 088 000 "

Kultivierung des deutschen Weidlandes durch Arbeitslose.

Äußerungen aus der Praxis und Vorschläge von Hans Ostwald.

Die Vergrößerung der Anbauflächen in Deutschlands Grenzen, durch die eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gewährleistet würde, ist dringend notwendig.

Wir müssen uns so einrichten, daß wir in Zukunft hinsichtlich der menschlichen Nahrungsmittel noch unabhängiger vom Auslande werden als bisher. Unsere riesigen Moor- und Heidestrecken können uns dazu instandsetzen. Jetzt bieten sich auch die Kräfte dar, mit denen wir rasch zum Ziele kommen können. Eine große Arbeitslosigkeit hat in vielen Industriezweigen eingesezt. Für die Ausfuhr kann nur wenig gearbeitet werden. Große Massen von Arbeitskräften werden verfügbar, mit deren Hilfe wir unsere Anbauflächen ganz beträchtlich vergrößern können. Es würde sich dabei nicht um künstliche Notstandsarbeiten handeln, sondern um die Ausfuhrung von Plänen, mit denen sich hervorragende Volkswirte, Kulturtechniker, Politiker und andere Sachverständige schon lange und gründlich beschäftigt haben. Die Vorbereitungen und Vorarbeiten sind längst getroffen. Viele fertig daliegende Entwürfe brauchen nur ausgeführt zu werden. Im Jahre 1912 waren in Preußen Meliorationsentwürfe in Arbeit für ein Gebiet im Umfange von 694 000 Hektar, während für 655 000 Hektar noch keine Vorarbeiten vorgenommen waren.

Ueber die Wirtschaftlichkeit der Moorkultivierung mögen die folgenden Zeilen unterrichten: Nach Mitteilung des preußischen Landwirtschaftsministeriums wurde ein Erlös aus kultiviertem Moor erzielt: für 1 Hektar Wiesenland 211 Mark, für 1 Hektar Weide 160 bis 220 Mark. In Bayern, das noch 140 000 Hektar an größeren Moorflächen besitzt, wurden 1912 für Kulturarbeiten ausgegeben 2 457 218 Mark. Es trat eine Wert-erhöhung auf 6 721 129 Mark ein. Im hannoverschen Wiesmoor wurden 25 Hektar kultiviert, die 10 000 Mark Kosten beanspruchten. Sie erbrachten eine Pacht schon im nächsten Jahre von 8964 Mark. Sachverständige schätzen auf alle Fälle den entstandenen Mehrwert durch Kultivierung für 1 Hektar auf 700 Mark. Nach Mitteilungen von Professor Tade, dem Direktor der Moorversuchsstation Bremen, zeigte das Weidevieh auf Hochmoor eine Zunahme im Mittel von 163 Kilogramm je Tier, während bester Marschboden bei Weidevieh gewöhnlich nicht mehr als 150 Kilogramm Zunahme ergab. Bei hauptsächlichster Handarbeit werden vielleicht in den Moorgebieten hier und da größere Kosten entstehen, als wenn an einzelnen Stellen auch Maschinen verwendet würden. Es handelt sich aber nicht nur darum, ein Geschäft zu machen, sondern auch für unser arbeitsloses Volk zu sorgen und für die Zukunft Werte zu schaffen, die dem Nahrungsmittelmarkt in Deutschland ständig zugute kommen.

An größeren kultivierten Flächen besitzen wir in Deutschland insgesamt über 2½ Millionen Hektar. Sie könnten uns leicht jährlich ein Mehr von 8 Millionen Doppel-

zentnern an Fleisch und vielen anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen liefern. Die vielen trockenen Heide Strecken, die wir in Norddeutschland, besonders in der Provinz Brandenburg, in Pommern, Posen, Westpreußen usw. besitzen, könnten in Roggenfelder, Kartoffeläcker, Geflügelfarmen und in Gemüsebeete umgewandelt werden. Bisher führen wir für viele Hundert von Millionen an Eiern, Geflügel, Gemüse und Obst aus dem Ausland ein. Viele Versuche von gärtnerischen Lehranstalten und die Tätigkeit der märkischen Obstdörfer haben bewiesen, daß auch die dürftigen Sandböden der Streusandblühe Brandenburg bei richtiger Bearbeitung mit Erfolg fruchtbar gemacht werden können.

Ausgaben für Baracken, Arbeitsbuden usw. sind, soweit sie nicht unbedingt notwendig sind, zunächst zu vermeiden. Die Unterbringung der Arbeiter muß zuerst in den benachbarten Ortschaften versucht werden. Der Weg zur Arbeitsstätte kann ja ruhig 30 bis 60 Minuten betragen. Die Arbeiter sind in Gutshäusern, bei Bauern oder Bürgern unterzubringen oder auch in leerstehenden Schuppen, Scheunen oder sonstigen Gebäuden, die ja gewöhnlich in der Nähe von Dedländereien zu finden sind. Soweit es geht, müssen die Arbeiter sich selbst ihre Decken oder Betten mitbringen. Unter Umständen können sich die Arbeiter für die erste Zeit aus Brettern und kleinen Pfählen selbst Bettstellen bauen, in die sie Strohjäte legen.

Die Heidekultur und auch die Arbeit im Moor könnte also für die Arbeiter recht ertragreich werden. Daß sie für Staat oder Reich, die vor allem hier wirksam eingreifen könnten, finanziellen Nutzen verspricht, geht aus den oben mitgeteilten Zahlen hervor.

Sie verspricht aber noch etwas anderes: eine große moralische und ethische Wirkung auf unser Volk; denen die Not der schweren Zeit so hart zuseht, die ohne Arbeit dastehen und erfolglos von Arbeitsnachweis zu Arbeitsnachweis laufen, sie müssen fühlen, daß auch an sie gedacht wird.

Da auch die Dedlandarbeit das geringste Anlagekapital erfordert — 80 bis 90 v. H. der aufgewendeten Gelder könnten als Arbeitslohn ausgezahlt werden, da kein anderer Stoff als der Urstoff, der Boden, auf dem wir stehen, verarbeitet zu werden braucht, da eine solche Arbeit aber letzten Endes vor allem der künftigen Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln dient, sollte sofort mit größter Energie von allen beteiligten Stellen an die Verwirklichung dieses Planes gegangen werden. Nichts würde erhebender auf unser Volk wirken, als wenn jene, die arbeitslos bleiben müssen, nun daran gehen könnten, uns im eigenen Lande ein kleines Reich zu erobern: 500 Quadratmeilen Dedlandes könnten fruchtbar gemacht werden!

Da bisher bei allen statistischen Aufnahmen Dedlandstücke unter 50 Hektar nicht gezählt wurden, diese jedoch nicht minder für die Arbeit sehr wertvoll sind, wäre eine ergänzende Umfrage bei sämtlichen Landräten, Bürgermeistern und Gemeindevorstehern notwendig, um zu erfahren, wo und wieviel Dedländereien, und zwar Moor sowie trockene Böden, zur Verfügung stehen. Größe und Art der Dedländereien müßten einer zentralen staatlichen Behörde oder auch der Reichsarbeitszentrale mitgeteilt werden, die dann im Verein mit dem R. W. A. die Verteilung der Arbeitskräfte vorzunehmen hätte.

Dort, wo sich geeignete Dedländereien finden, müßten die Bürgermeister und Gemeindevorsteher von ihren vorgelegten Behörden aufgefordert werden, für die Unterbringung entsprechender Trupps großstädtischer oder industrieller Arbeitsloser die Quartiere zu beschaffen und die Verpflegung vorzubereiten. Auch dürfte sich in Herbergen und Gastwirtschaften reichlich Gelegenheit zur Unterbringung einer größeren Anzahl bieten. Wo das nicht der Fall ist, ließen sich sehr leicht in freistehenden Wohnräumen oder Gebäuden Notquartiere schaffen. Für die bessere Unterbringung zum Herbst oder Winter könnten die herausgebrachten Arbeiter, unter denen sich gewiß genug gelernte Holzarbeiter befinden, nötigenfalls feste Wohnhäuser errichten.

Soweit es sich um staatliche Dedländereien handelt, brauchte keine neue Festsetzung über das Eigentumsrecht zu erfolgen. Dedländereien im Besitz von Gemeinden und Kirchenbehörden müßten im Auftrage der Gemeinden und Kirchenbehörden kultiviert und später mit taxierten Hypotheken zu deren Lasten belegt werden. Auch bei Dedländereien im Privatbesitz könnte das gleiche der Fall sein; sollte der Eigentümer aber lieber einen Verkauf vorziehen, so hätte dieser zu einem Taxwert nach dem in der neuen Landbeschaffungsordnung festgesetzten Verfahren zu erfolgen.

Die leichteren Sandböden der norddeutschen Tiefebene brauchten einstweilen nur umgegraben zu werden, eine Bepflanzung mit Düngepflanzen muß hinterher erfolgen. Doch ließen sie sich zum nächsten Frühjahr dann zeitig mit Kunstdünger anreichern und mit Frühkartoffeln, Hafet, Futtermitteln usw. bestellen.

Wo es dringend not tut, Frauen zu beschäftigen, können auch Frauen und Jugendliche und besonders solche, die aus der Landwirtschaft stammen, oder solche, die schwerere Arbeit in Fabriken geleistet haben, mit dem Umgraben der leichteren Sandböden beschäftigt werden. Vor allen Dingen kann den Frauen Arbeit beim Bepflanzen mit Gemüßen und bei der Bearbeitung und Ueberntung der Gemüßfelder geboten werden.

Während der harten Frostzeit, in der der Boden festfriert, müßten Holzarbeiten vorgenommen werden. Diejenigen minderwertigen Sandböden, die jetzt mit krüppeligen oder dürrtigen Kiefern bestanden sind, könnten während der Frostzeit abgeholzt werden. Der abgeholzte Wald gibt dann wieder reichlich Arbeit durch das Schälen der Stämme und durch die Aufbereitung der Holzvorräte.

Eine andere Arbeit, die ständig für Tausende und aber Tausende von deutschen Arbeitslosen Arbeit und Verdienst bringen würde, ist die Entrodung unserer abgeholzten deutschen Wälder. Wir schlagen in Deutschland jährlich 500- bis 600 000 Morgen Wald ab. Die Stubben und Wurzeln bleiben fast überall im Waldboden stecken, und zwar vor allen Dingen aus Mangel an Arbeitskräften. Die vielen Holz- und Bauarbeiter, die oft brotlos sind, könnten hier eine ziemlich sicher lohnende Arbeit finden. Die im Waldboden verfaulenden Stubben bilden eine große Gefahr für die neu gesetzten jungen Baumpflanzen. In den Stubben entwickeln sich förmliche Herde von Ungeziefer, die den jungen Baumwuchs im höchsten Grade schädigen und gefährden. Die Stubben aber ergeben, wenn sie herausgenommen werden: 1. guten Brennstoff für viele Industrien, 2. Holzkohlen, die wir in großen Mengen vom Ausland beziehen, 3. Kienöl und andere chemische Produkte, die wir ebenfalls teuer aus Ausland bezahlen müssen.

Das Entroden kann mit Maschinen vorgenommen werden. An jeder Maschine können sechs bis acht Mann tätig sein. Mit jeder Maschine kann in 10 bis 15 Tagen ein Hektar entrodet werden. Das gewonnene Holz kann, wo es nicht zu Brenn zwecken verwendet wird, verkohlt werden, und zwar sind jetzt Schwelmaschinen dafür zu haben, die ebensowohl gute Holzkohlen als auch Kienöl und andere chemische Produkte ergeben. Diese Maschinen sind leicht ohne besondere Kenntnisse zu bedienen. Die Kosten für das Entroden, Verkohlen usw. betragen unter diesen Ausnahmeständen für einen Hektar ungefähr 400 bis 700 Mark. Sachverständige nehmen an, daß der Hektar bei sachgemäßer Verarbeitung und Verwendung des gewonnenen Holzes 600 bis 800 Mark Erlös bringt. Die Kosten für diese Arbeit dürften also durch den Erlös mindestens wieder gedeckt werden. Doch glauben Sachverständige, auch hier mit Gewinn rechnen zu dürfen.

Die gesamten Kosten werden durch den Wertzuwachs des bearbeiteten Bodens zum Teil ausgeglichen, wenn natürlich auch nicht sofort. Entweder wird das Land der Behörde oder Genossenschaft, die die Arbeit unternimmt, im eigenen Betriebe künftig Gewinne

bringen oder der Eigentümer hat die Wertsteigerung in Form einer Hypothek zu verzinsen. Drittens aber ist vielleicht auch eine Besiedlung möglich, eine Besiedlung, die wahrscheinlich stark einsetzen wird. Unser Volk dürfte nun erst recht Liebe zur Scholle und zum eigenen Heim gewinnen, zum Garten, der auch in solch bedrängten Zeiten wie jetzt die notwendige Nahrung: Kartoffeln, Gemüse, Obst und Futter für Ziegen, Schweine und Hühner gibt.

Industrialisierung der Landwirtschaft.

Von Dr. Christoph, Hannover.

Das Gedeihen der beiden Hauptberufsgruppen des deutschen Volkes, der Industrie und Landwirtschaft, hängt aufs engste mit dem Wohlergehen der Gesamtheit zusammen. Die Macht der Tatsache hat es wohl dem Beschränktesten ins Bewußtsein gehämmert, daß die Grundlage des Volkes eine blühende Industrie und eine leistungsfähige Landwirtschaft sein muß. Die Erhaltung der in diesen Berufen wirkenden gesunden Kräfte bedeutet Leben und Fortschritt. „Die Landwirtschaft kann man als die Wurzel, die Industrie als den Stamm und die Zweige der Volkswirtschaft betrachten.“

Die Landwirtschaft ist glücklicherweise eine der wenigen Kraftreserven des deutschen Volkes geblieben, die zum notwendigen Aufbau aus dem Zusammenbruch helfen können. Man muß daher alles tun, um sie kräftig zu erhalten und ihre Leistungsfähigkeit nach Möglichkeit zu steigern. Denn obgleich die deutsche Landwirtschaft an der Spitze der Agrarländer der Welt marschierte, ist noch eine erhebliche Vermehrung der Erzeugung in vielen und besonders den kleinen und Mittelbetrieben möglich. Etwa seit 1880 hat sich ein völliger Umschwung in der Art der Wirtschaftsführung angebahnt. Früher genügten die landwirtschaftlichen Betriebe sich selbst, von da ab wurden sie ein Veredelungsgewerbe durch, und mit Hilfe der verschiedenen Industrien. Noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts bildeten die Guts- und Bauernhöfe auf sich selbst gestellte Einheiten, die nicht nur Brot und Fleisch, sondern auch Häuser und Kleidung und Geräte für den eigenen Bedarf erzeugten, während jetzt die Landwirtschaft bei der Durchführung ihrer Aufgaben auf viele industrielle Erzeugnisse angewiesen und dadurch aufs engste mit der Industrie verknüpft ist.

Dieses zeigt sich in folgenden Tatsachen:

1. Nur mit Hilfe der künstlichen Düngemittel, wie Kali, Phosphorsäure, Stickstoff und Kalk war es uns möglich, die Acker- und Grünlandsertragnisse um das Mehrfache zu steigern und anspruchsvollere ergiebigerere Pflanzen zu züchten. Wurden

aber vor dem Kriege jährlich 600 Millionen Mark für Düngemittel ausgegeben, so ist eine erhebliche Steigerung um mindestens das Doppelte möglich, was vor allem der staatlich geförderten Stickstoffindustrie zugute kommen wird.

2. Erst die Verwendung zahlreicher Kraftfuttermittel, die bei den Mühlen, Brennereien, Brauereien, Zuckerfabriken und den Seltfabriken abfielen, erhielten wir die Mittel, den Fleischverbrauch, der sich seit etwa 1800 von 14 Kilogramm auf 52 Kilogramm im Jahre 1910 pro Kopf und Jahr der Bevölkerung belief, fast völlig im Inlande zu decken und hohe Milchleistungen zu erzielen. Fast 1,3 Milliarden Mark wurden dafür ausgegeben. Würde man weitere große Futtermengen durch industrielle Strohausschließung, Herstellung künstlicher Hefe, Trocknung von Abfallstoffen gewinnen, so wäre eine größere Unabhängigkeit vom Auslande erreicht.
3. Die dauernd gestiegene Verwendung von Arbeits- und Kraftmaschinen in der Landwirtschaft hat uns erst eine sachgemäße, billige Bodenbearbeitung und Betriebsführung ermöglicht oder durch zu höheren Ernten geführt. Der Wert der landwirtschaftlichen Maschinen wird auf 2 Milliarden Mark geschätzt, die sich jährlich um rund 75 Millionen Mark vermehren. Die Notlage in der Arbeiterfrage und die Entwicklung der Ueberlandzentralen drängen zur Maschinenverwendung hin, ohne die Verwendung von Menschenkräften auszuschließen. Sie machen diese nur erfolgreicher und stecken wertvolle Hilfskräfte dar.
4. Da Obst- und Gemüsebau in der Hauptsache von vielen Kleinbesitzern betrieben wird, ist die Erzeugung großer, schmackhafter und haltbarer Gemüse- und Obstmengen nur nach Zusammenschluß der zahlreichen Betriebe unter Heranziehung der Industrie zu erzielen. Hierfür kommen in Betracht: Verkehrsausschließung durch Feldbahnen und Lastkraftwagen, Einrichtung von Beregnungsanlagen, Bau von Gewächshäusern, Kühlhäusern, Trocknereien und Konservenfabriken. Der Wert des umgewandelten Gemüses und Obstes beträgt schon jetzt mehrere hundert Millionen Mark und kann noch erheblich gesteigert werden.
5. Für eine höhere Kultur der Landwirtschaft ist eine Verbesserung der Verkehrs- und Absatzverhältnisse von außerordentlicher Bedeutung. Dort findet sich die beste, intensivste Kultur, wo Wege-, Bahn- und Absatzverhältnisse am günstigsten sind. Auf diesem Gebiete ist noch eine erhebliche Arbeit zu leisten, die der Industrie, Land- und Volkswirtschaft in gleicher Weise zugute kommen.

6. Die Annehmlichkeit des Landlebens ist durch Erleichterung der Frauenarbeit auf dem Lande, die schon jetzt das Schwergewicht der Arbeit darstellt, durch sachgemäße Maschinenverwendung erheblich zu verbessern. Gemeinschaftliche Wasch- und Trockeneinrichtungen, Dampfheizungen sind einzurichten. Das gemüthvolle Hausleben ist durch vermehrte Anschaffung guter, preiswerter Bücher und von Musikinstrumenten zu verschönern. Nicht nur das Landleben, sondern auch die Industrie der Haushaltungs- und Werkzeugmaschinen sowie des Buch- und Bildgewerbes würden dadurch gewinnen und wachsen.

Den großen Einfluß der Industrie auf die Landwirtschaft haben wir im Kriege u. a. in folgendem gesehen: Die fehlenden Düngemittel verringerten unsere Ernte um die Hälfte, der Mangel an Kraftfuttermitteln zwang zur Abschaffung des Viehes und verminderte dadurch unsere Fleisch-, Milch- und Fettmengen. Die nicht vorhandenen Konserven schlossen die ordnungsgemäße Gemüseversorgung der Städte aus. Die fehlenden Maschinen verhinderten die intensive Bestellung der Felder und drückten dadurch die Erzeugung. Weiter sehen wir die innige Beziehung der Industrie zur Landwirtschaft, daß Hunderttausende von Industriearbeitern in der Kleinlandwirtschaft einen Nebenberuf fanden und Zehntausende in den technischen Nebengewerben ihr Brot suchten.

Gebt uns durch die Industrie Kohlen, Maschinen, Dünger und Arbeitskräfte, dann wird die deutsche Landwirtschaft in ausreichendem Maße für Brot und Fleisch sorgen. Denn für längere Zeit werden nicht ausländische Lebensmittelzufuhren, sondern nur unser heimischer Boden uns sichere Nahrung verschaffen können. Andererseits wird damit ein zweites, nicht minder wichtiges Ziel erreicht. Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt. Durch sein Geld kann der Bauer nicht allein Kohlen, sondern auch andere notwendige Gebrauchsartikel, wie der Bau-, Kleineisen- und Luxusindustrie zum Verdienst verhelfen. Der einheimische, landwirtschaftliche Markt ist der sicherste und bleibendste. Stärken und erhöhen wir ihn, so geben wir auch der Industrie das durch den Auslandsmarkt verlorene notwendige Rückgrat wieder und sichern dadurch die Zukunft von Volk und Vaterland.

Die Landwirtschaft im neuen Deutschland.

Auszug aus einem Artikel.

Von Dr. W. Büffelberg, Berlin-Steglitz.

Für zirka 20 Millionen unserer industriellen und städtischen Bevölkerung, die im eigenen Lande weder Arbeit noch Nahrung finden werden, gibt es nur zwei Wege, sich, wenn auch in einem Leben voll harter Kämpfe, durchzubringen: Auswandern oder deutsches Land bebauen.

Ein Teil der Auswanderer wird Arbeit und Siedlungsland in den noch wenig aufgeschlossenen Kolonialländern (Südamerika, Mexiko, Rußland) suchen. Überall werden sie auf den Wettbewerb der dort durch ihr Kapital herrschenden angelsächsischen Rasse treffen. Einem anderen Teile der auf die Auswanderung angewiesenen Volksgenossen wird das Schicksal bevorstehen, als Söldner englischer und amerikanischer Kapitalisten ihr Brot zu suchen.

Viele werden hinausgehen, weil ihnen das ihnen bevorstehende Schicksal unbekannt ist, und weil sie nicht wissen, daß auch die Heimat Erde sie alle ernähren kann. Freilich unter der Voraussetzung einer vollständigen Umordnung unseres Wirtschaftslebens! Innerhalb der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts hat sich das Verhältnis der Menge der Landbevölkerung zur Stadtbevölkerung umgekehrt. Unsere Aufgabe ist es heute, das Verhältnis der 1850er Jahre mindestens wieder herzustellen, wir müssen auf jeden Fall erstreben, alle Menschen im Lande zu halten, an das Ausland davon so wenig wie möglich zu verlieren.

Das ist durchaus möglich. Allein durch die Verallgemeinerung der von der Wissenschaft und von bahnbrechenden Landwirten erprobten Arbeitsmethoden wird es möglich sein, den Einfuhrüberschuß in Höhe von etwa 30 Prozent unseres früheren Friedensbedarfes schon in wenigen Jahren selbst zu decken. Ja, wir können unsere landwirtschaftliche Produktion bis zur Verdoppelung steigern. Die Mittel dazu sind: Verwendung nur besten Saatgutes aus den Saatgutwirtschaften, planmäßige, rationelle Düngung, Einführung von Beregnungsanlagen, dann eine gesteigerte Verbesserung und Intensivierung der Bodenbearbeitung und Mechanisierung des Betriebes.

Durch Begünstigung des Hackfruchtbaues gegenüber dem Getreide- und Hülsenfruchtbau können die Nährwertserträge (in Kalorien ausgedrückt) der Flächeneinheit verdoppelt werden. Durch den Ausbau der Verkehrswege und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Nebengewerbe müssen die Rohstoffe des Landes noch mehr mobilisiert und die Nahrungsmittel den Verbrauchszentren näher gerückt werden. Trocknungs- und Konservierungsanlagen dienen zur Erhaltung der Ernten und dazu, leichtverderbliche Massenprodukte marktfähiger zu machen; dadurch aber können Hackfrüchte in vielen Gegenden des Ostens überhaupt erst angebaut und erhebliche Mengen an Nährwerten für die Volksernährung gewonnen werden. Ähnlich auch wenn die Unkraut- und Ungezieferbekämpfung mehr gefördert und als öffentliche Aufgabe betrachtet wird.

Schon auf dem bisher bebauten Acker können wir unser Volk ernähren, aber wir können den Ackerbau noch ausdehnen. Etwa 2,3 Millionen Hektar Moor und ebensoviel Heide, d. s. etwa 9 Prozent der gesamten Kulturläche Deutschlands, sind noch unbebaut. Die mehr als eine Million Hektar Niedermoores sind der zugegebene Boden für Wiese und Weide, und auch für den Anbau von Hackfrüchten, besonders von Gemüse geeignet. In besonderem Maße ist auch der Hanf eine glänzende Niedermoorpflanze und für die Fruchtfolge auf dem unkräutwüchsigen Niedermoor fast unentbehrlich, weil der hervorragende schattende Hanf das Unkraut nicht aufkommen läßt. Etwa 5—600 000 Hektar Niedermoor würden genügen, um uns von der Einfuhr der Zute, des Hanfes und auch der Baumwolle unabhängig zu machen, unter der Voraussetzung allerdings, daß noch weitere 200 000 Hektar Weizen (als Vorfrucht zu Weizen) angebaut würden, der aber nicht auf Moor, sondern nur auf besserem und feuchtem Sandboden in Frage kommt.

Die bisher noch unentschiedene Frage, ob der Kleinbetrieb oder der Großbetrieb mehr oder weniger an Ernteerträgen von der Flächeneinheit holen kann, ist zwar wichtig für die Ernährung, aber belanglos gegenüber dem vorhandenen Zwange, Menschen unterbringen zu müssen. Die innere Kolonisation ist das Gebot der Stunde und die Voraussetzung für eine gesunde Bevölkerungspolitik der Zukunft. Wir müssen in einer starken landwirtschaftlichen Bevölkerung die Kraftreserve für unsere Städte und für einen zukünftigen und politisch industriellen Aufstieg schaffen. Völker ohne diese physische Kraftreserve sind immer noch dem Untergange geweiht gewesen. Gründe genug, um mit aller Kraft eine Verpflanzung der Menschen auf das Land zu betreiben.

Als organisatorische Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft kommen in Betracht: die zentrale Zusammenfassung (Reichsstaatssekretariat für Landwirtschaft) und eine starke Dezentralisation des Behördenapparates. Die Landreise und ihnen angeschlossen die Genossenschaften werden die Träger der zukünftigen Neuordnung sein müssen. Ohne Zwang muß man auszukommen suchen. Dagegen kann man durch Prämien, Ausstellungswesen, genossenschaftliche Arbeit, besonders auch durch die Beteiligung sämtlicher Arbeiter am Hohertrage und zwar progressiv wachsend mit der Ertragssteigerung, viel erreichen.

Dungstoffe im Ueberfluß.

Von Hans Ostwald.

Wir haben mit Schrecken erleben müssen, daß unsere Kartoffelernten nicht den Erwartungen entsprachen, die wir gehegt hatten.

Wir müssen uns fragen: Woher kommt der bedauerliche und bedenkliche Minderertrag? War nicht das Fruchtwetter recht gut? Reichliche Wärme beim Fruchtansatz und genügend Feuchtigkeit in der Entwicklungszeit der Früchte?

Sollte nicht der mangelnde Dünger beim Minderertrag mitgesprochen haben? Können wir keinen Weg finden, die Düngemittelnot zu beseitigen? Wird sie doch in den nächsten Jahren vielleicht noch eine viel größere Rolle spielen als in der jetzigen Erntezeit und in der heurigen Feldbestellung. Bisher haben wir zum guten Teil noch von dem im Boden steckenden Düngvorrat gezehrt, den wir in besseren Jahren haben in die Erde bringen können. Jetzt aber fehlt uns der Chilisalpeter, von dem wir jährlich für 170 Millionen einführen. Auch Phosphorsäure mangelt. Also müssen wir nach Ersatz schauen.

Zunächst müssen wir, wie bei so vielen wirtschaftlichen Ergebnissen, fragen: Kann uns hier nicht auch Sparjamkeit helfen?

Nach den Schätzungen der landwirtschaftlichen Sachverständigen erzeugen wir alljährlich in Deutschland für 1200 Millionen Mark Stalldung. Der hat alles in sich, was wir

hauptsächlich brauchen. Aber die Ausnutzung ist ganz unzureichend. Wohlunterrichtete meinen, die Hälfte des Stalldüngers gehe durch unrationelle Wirtschaft ungenutzt zugrunde. Wir haben eben noch nicht auf jedem deutschen Gutshofe eine untermauerte Dunggrube — viel weniger noch auf jedem deutschen Bauernhofe. Auch vor den Sonnenstrahlen wird der Dung vom Landmann noch fast gar nicht geschützt, trotzdem er seinen Dunghaufen seinen „Reichtum“ nennt. Die Sonne aber zersetzt den Dung, bleicht ihn und nimmt ihm die Kraft von oben, während in die lockere Erde der andere Teil der Kraft versickert.

Eine strenge, gewissenhafte Dungwirtschaft könnte uns also viel verlorenes Gut retten.

Dann aber haben wir noch eine Dungquelle, die leider viel zu wenig geschätzt wird. Vor allem wird sie nicht so ausgebeutet, wie es notwendig ist. Ich meine die riesige Dungkraft der städtischen Abwässer. Jetzt zehrt die Stadt vom Lande, gibt ihm aber nur wenig wieder. Sie könnte alles zurückgeben zu ihrem eigenen Besten, wenn sie den beachtenswerten Vorschlag eines unserer Chemiker befolgen würde.

Dr. G. R. Besenfelder will durch Verwendung der städtischen Spülwässer die Düngerknappheit beseitigen. Er verlangt eine ernsthafte Beseitigung des Kieselfeldsystems, das einen sehr wertvollen Teil unserer städtischen Abfälle ganz unwirtschaftlich verwertet und die betroffenen Gelände durch übermäßige Dunggaben vergiftet. Die Berliner Kieselfelder erhalten etwa 8- bis 10mal soviel Dung wie sie brauchen. Wir könnten also bei richtiger Wirtschaft die 8—10fache Fläche mit den Berliner Abwässern düngen! Das gleiche gilt für viele andere Orte. An die Stelle der Kieselfelder sollte das Klärsystem treten. Der Klärschlamm würde bei vorgenommener Vergasung beträchtliche Mengen von Ammoniak liefern. Die geklärten Spülwässer jedoch sollten nicht den Kieselfeldern, sondern einem großzügigen Beregnungsverfahren zugeführt werden.

Die städtischen Spülwässer nehmen außer verschiedenen Auslaugungen auch den gesamten Harn der betreffenden Gemeinden auf. Bei einem jährlichen Durchschnittsgewicht von 50 Kilogramm für das Individuum macht allein die im Menschenharn den Kieselfeldern Groß-Berlins zugeführte Phosphorsäure 2737,5 Tonnen, im ganzen Reich 61137,5 Tonnen zu einem Friedenswerte von 24849920 Mark. An Stickstoffmengen werden jährlich den Groß-Berliner Kieselfeldern 14235 Tonnen zugeführt, aufs Reich berechnet 317915 Tonnen. Bei einem Wert der Tonne von 250

Mark bedeutet das jährlich 374 685 000 Mark. Selbst wenn die Hälfte dieser Mengen den ländlichen Bezirken direkt schon zugeführt wird, bleibt doch ein bedeutender Rest, der auf alle Fälle der Landwirtschaft zugeführt werden müßte.

Dazu wäre die künstliche Beregnung das geeignete Mittel. Die künstliche Beregnung hat sich schon mit Wasser ohne Düngungswert bewährt. Im Jahre 1911 brachte ein sandiges Versuchsfeld bei Bromberg eine Ertragssteigerung von 78 Doppelzentnern auf 263 Doppelzentner Kartoffeln.

Das Wasser wird in ein weitmaschiges Rohrnetz gedrückt und mit einer Reihe von Sprengwagen eigenartiger Bauweise über das Feld verteilt. Im Osten Deutschlands sind schon mehrere tausend Hektar mit solchem Rohrnetz überzogen. Die Kosten für 1 Kubikzentimeter fertig verregnetes Wasser stellen sich auf 7 Pfennige. Ein Kubikzentimeter Wasser bringt eine Ertragssteigerung von 11,50 Mark.

Besonders dankbar ist die Kartoffel. Im Jahre 1911 wurde eine Reinertragssteigerung von 664 Mark von 1 Hektar erzielt, die die Anlagekosten doppelt deckte.

Ein solches weitmaschiges Rohrnetz sollte über sämtliche urbaren und urbar zu machenden Gelände gelegt werden unter dem Gesichtspunkt, daß es möglich wird, die Spülwässer einer gerade reichlich beregneten Gegend einer unter Trockenheit leidenden zuzuführen.

Notwendig ist die künstliche Beregnung besonders in der Schoßzeit für Galmfrüchte. Für Kartoffeln werden mit der Beregnung Juli bis Ende August die besten Erfolge erzielt. In der Schoßzeit können die Rieselfelder oder die Fischteiche als Ausgleich dienen.

Würden die 27 000 000 Hektar, die sich in Deutschland in landwirtschaftlicher und gärtnerischer Nutzung finden, mit den Spülwässern beregnet, würden sie jährlich mehr bringen nach oben angegebenem Mehrertrag

13 500 000 000 Mark.

Das Spülwasser kann selbst in feuchten Jahren ohne Schaden gegeben werden, da auf 1 Hektar pro Jahr nur 130 Kubikzentimeter kommen. In trockenen Jahren kann die Rohrleitung zur Beregnung mit Bachwasser usw. dienen.

Die Anlage ist mit 30 Mark pro Hektar zu stellen. Das Reich müßte also rund 8 Milliarden Mark aufwenden für die Anlagekosten. Würden 20 Prozent des Mehrertra-

geß, der sich auf 13½ Milliarden beläuft, dem Reich zufließen, also 2,7 Milliarden Mark, so könnte es die Anlagekosten bald ganz abschreiben und hätte später eine sichere Einnahme.

Diese ist jedoch augenblicklich die fernerliegende. Die Hauptsache ist die Sicherung vor Ernteausfällen infolge Trockenheit und die Vervielfältigung der Ernteerträge, die uns den Bezug von Lebensmitteln aus dem Ausland möglichst ersparen soll. Die in Berlin gegründete Kartoffel-Erzeugungsgesellschaft geht schon in dieser Richtung vor. Sie will das Beregnungsverfahren benutzen, um die Ernteerträge zu steigern. Aber sie begnügt sich mit Wasser. Sie sollte im großen Stil die Abwässer der Städte dem Lande wieder zuführen, um zu beweisen, daß wir wirklich die Abfallwirtschaft ernsthaft zu unserem Besten durchführen können, daß wir wirklich im Großen zu organisieren verstehen — und besonders auf dem Gebiete, wo Rohstoffe in unserem Lande vorhanden sind. Wo es sich darum handelt, die Ernährung unseres Volkes zu sichern, ja, sie erheblich zu verbessern, muß jeder Weg gegangen werden, der begehbar ist. Wir sind wert, Nahrungsmangel zu leiden, wenn wir den gezeigten Weg nicht betreten. Wir haben genug Stoffe im Lande — lassen sie aber ins Nichts dahinfließen! Sie nutzen uns nichts. Nein, sie stören uns jetzt beträchtlich

Ehe das Röhrensystem fertig ist, läßt sich folgendes durchführen: Die Nachahmung des Bremer Systems. Bremen hat das Rieselfeldsystem abgelehnt, bei dem der für die Landwirtschaft ganz unentbehrliche Ammoniak fast restlos verloren geht oder nur kleine Gelände düngt, die dann durch die riesige Masse Düngstoff vergiftet werden. Bremen kehrte im Kriege zum früheren Tonnenystem zurück — allerdings unter Beobachtung der modernen hygienischen Vorschriften. In allen Werften, Fabriken und anderen Großbetrieben wird der Harn in Tonnen gesammelt und in Fauchwagen zu dem seit Jahren angehäuften Hausmüll gefahren, der nun, vermischt mit Ammoniak und mit Klärschlamm und fein gesiebt, einen brauchbaren und kostbaren Düng liefert. Dieser wird auf den großen Gemüseländereien des Staates Bremen verwendet und ist außerdem noch in solchen Mengen vorhanden, daß auch Hunderte von Laubenkolonisten, ja, eine große Anzahl umliegender Dörfer mit dem jetzt so schwer zu beschaffenden Düng versehen werden können. Auf diese Weise wird der Umgegend von Bremen nicht so wie bei vielen anderen Großstädten immer die Nährkraft des Bodens in Gestalt von Früchten entzogen, sondern ihr auch immer wieder neue Kraft zugeführt.

Hier haben wir eine Dünggewinnung, die sich ohne viele Schwierigkeiten fast überall durchführen läßt, und die auch in diesem Sommer noch wirksam sein kann. Der so gewonnene Düng läßt sich in Gestalt von Jauche sehr wohl den jungen Pflanzen zuführen, die dadurch bedeutend gestärkt und die Arbeit durch eine ertragreiche Ernte lohnen werden.

Sicherung der Landbewirtschaftung.

Der Landarbeiterordnung und der Siedlungsordnung ist als drittes landwirtschaftliches Verwaltungsgezet die Verordnung über die Sicherung der Landbewirtschaftung vom 4. Februar 1919 erfolgt. Sie trat mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Sie ist eine verschärfte Umarbeitung früherer Kriegsmaßnahmen und bestimmt, daß mangelhaft bewirtschaftetes Land oder solches, das voraussichtlich schlecht oder gar nicht bewirtschaftet werden wird, auf längere Zeit dem Berechtigten entzogen und dem Kommunalverband oder einer Gemeinde zur Nutzung übertragen werden kann, die dabei nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zu verfahren haben.

Ihre wichtigsten Paragraphen sind folgende:

§ 1. Die untere Verwaltungsbehörde ist nach näherer Anordnung der Landeszentralbehörde befugt, die Nutzungsberechtigten von Landgütern und landwirtschaftlichen Grundstücken mit kurzer Frist zu einer Erklärung darüber aufzufordern, ob oder wie sie ihre gesamte Ackerfläche bestellen wollen oder welche Stücke davon unbestellt bleiben sollen. Die Möglichkeit der in Aussicht genommenen Bestellung ist auf Erfordern glaubhaft zu machen. Die Aufforderung kann durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen.

§ 2. Soweit der Nutzungsberechtigte die Bestellung nicht übernimmt oder die Möglichkeit der Bestellung in unwirtschaftlicher Weise verzögert oder im letzten Wirtschaftsjahre die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß das Grundstück einen verhältnismäßig geringen Ertrag gebracht hat, und zu erwarten ist, daß die Neubestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird, oder wenn der Nutzungsberechtigte die Aufforderung unbeantwortet läßt oder nicht erreicht werden kann, ist die untere Verwaltungsbehörde nach Anhörung des Bauern- und Landarbeiterrats befugt, die Nutzung des Grundstücks mit Zubehör ganz oder zum Teil auf längstens sechs Jahre zu entziehen und dem Kommunalverband oder einer Gemeinde zu übertragen.

§ 4. Die untere Verwaltungsbehörde bestimmt, inwieweit der Kommunalverband oder die Gemeinde dem Nutzungsberechtig-

tigten eine Entschädigung zu gewähren haben oder der Nutzungsberechtigte dem Kommunalverband oder der Gemeinde für nachweisbare Verbesserungen des Grundstücks Ersatz zu leisten hat.

§ 7. Die Vorschriften dieser Verordnung finden auf die Bewirtschaftung der Wiesen und Weiden sowie auf städtische, zur landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Nutzung geeignete Grundstücke entsprechende Anwendung.

Mit dieser Verordnung wird zum erstenmal ein Anbauzwang für die Landwirte herbeigeführt, der einzelnen Agrariern ihre Drohung, die Felder brachliegen zu lassen, wohl verleiden wird.

Einige Beispiele von vorhandenen Debländereien und deren Wertsteigerung durch Melioration.*)

Bei Begründung von Wassergenossenschaften und Wiesenbaugenossenschaften ließ der Staat bisher durch seine Beamtenenschaft das Projekt und den Voranschlag für die geplante Bodenverbesserung kostenlos herstellen.

Dann stellte er ferner aus seinen hierzu bereitgestellten Mitteln ein Drittel der Gesamtkosten frei zur Verfügung. Die restlichen zwei Drittel der Gesamtkosten brachte die Provinz auf, sieben Jahre zinsfrei, dann trat eine Verzinsung von 2 v. H. und eine Amortisation von 1 v. H. in Kraft. Außerdem erhielt jeder Besitzer, der im ersten Jahre nach Durchführung der geregelten Wasserwirtschaft die nötigen Folgeeinrichtungen, bestehend in Umbruch, Düngung und Neuanfaat seiner Flächen, vornahm, etwa 35 M. für den Morgen als zinsfreie Beihilfe. Wurden die Folgeeinrichtungen aber zu einem späteren Zeitpunkt erst durchgeführt, so erhielt er nur 17,50 M. Beihilfe für den Morgen. Trotz dieser namhaften Unterstützung hielt und hält es meist unglaublich schwer, die Leute zum Zusammenschlusse und zur Melioration zu bewegen. Diese Schwierigkeiten lassen sich nur dann verstehen, wenn man sich die völlige Sachunkenntnis der Bauern in solchen Dingen vergegenwärtigt.

Um welche Riesensummen und damit welche Riesensummen es sich handelt, die der Volkswirtschaft noch heute jährlich durch die Kurzsichtigkeit der betreffenden Besitzer entgehen, geht wohl aus den nunmehr folgenden Zahlenangaben, die einige wenige Kreise umfassen, klar hervor.

*) Aus einem Gutachten vom Landwirtschaftsberater Krüger, Behlendorf, vom Jahre 1915.

I. Kreis Westhavelland.

1. Größe der Grünlandsflächen rd. 40 000 ha
2. Von diesen Flächen wurden mit geregelten Wasserverhältnissen versehen 31 000 "
3. Von diesen 31 000 ha wurden umgebrochen, gedüngt und neubesamt bis 1914 etwa 1 450 "
Die übrige Fläche liegt noch, bis auf einige hundert Hektar, die im Laufe des Jahres 1914/15 angelegt wurden, unverbessert da und bringt infolge der Wasserentziehung geringere Erträge wie früher. Da sie mit Sumpfgewächsen benadrt ist, denen nunmehr die Lebensbedingungen entzogen sind, ist das ohne weiteres verständlich.
4. Von den alten, unverbesserten Flächen kann man im Durchschnitt bei guter Ernte einen Ertrag von nicht mehr als . . . 10—15 Ztr. vom Morgen rechnen. Dieser Ertrag geht jährlich und sicher zurück, das anfallende Heu ist für die Fütterung so gut wie völlig wertlos, da es zu acht Zehntel seiner Gesamtmenge aus Seggen besteht, der Rest besteht aus anderen Sauergräsern.
5. Die Neukulturen bringen im Jahresdurchschnitt 40—50 Ztr. Heu vom Morgen
Einige Höchsterträge gingen sogar über 70 Ztr. Heu v. M. hinaus. Dieses Heu ist erstklassig und vom besten Futterwerte.

II. Kreis Neuruppin.

1. Größe der Grünlandsflächen 34 000 ha
2. Die Wasserverhältnisse wurden geregelt für rd. 11 500 "
3. Von diesen Flächen wurden in Neukultur genommen 600 "

III. Kreis Rauen.

1. Größe der Grünlandsflächen etwa 30 000 ha
2. Davon wurden entwässert rd. 15 000 "
3. In Neukultur wurden genommen rd. 1 000 "

IV. Kreis Beeskow-Storkow.

1. Größe der Grünlandsflächen rd. 4 000 ha
2. Davon wurden entwässert rd. 600 "
3. In Neukultur wurden genommen rd. 400 "

V. Kreis Lübben.

1. Größe der Grünlandsflächen rd. 12 500 ha
2. Davon wurden entwässert rd. 2 750 "
3. In Neukultur wurden genommen rd. 750 "

VI. Kreis Luckau.

1. Größe der Grünlandsflächen rd. 16 500 ha
2. Davon wurden entwässert rd. 4 500 "
3. In Neukultur wurden genommen rd. 250 "

VII. Kreis Bitterfeld in Sachsen.

1. Größe der Grünlandsflächen rd. 6 000 ha
2. Davon wurden entwässert rd. 2 000 "
3. In Neukultur wurden genommen rd. 25 "

Aus dieser Aufstellung ergibt sich demnach für die sieben Kreise folgendes Bild:

	Wirklicher heutiger Ertrag	Durch Neukultur leicht zu erzielender Ertrag auf entwässertem Boden	Zukünftiger Ertrag
I	5 667 000 M.	16 758 000 M.	21 600 000 M.
II	5 214 000 "	6 840 000 "	11 940 000 "
III	2 220 000 "	8 100 000 "	14 000 000 "
IV	612 000 "	678 000 "	1 188 000 "
V	2 877 500 "	3 697 500 "	7 500 000 "
VI	2 040 000 "	2 940 000 "	5 940 000 "
VII	1 173 000 "	1 881 000 "	2 520 000 "
	17 803 500 M.	40 894 500 M.	65 068 000 M.

Anlagen zum 5. Teil.

Notstandsarbeiten.

Für Meliorationen in Preußen und Bayern und andere kommunale Notstandsarbeiten in Preußen und anderen Bundesstaaten, von denen bisher ein Feststellungsbescheid beim Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung eingelaufen ist, beträgt:

- Die Ueberteuerung insgesamt rund 88 000 000 Mark
 Der bewilligte Zuschuß seitens des Reiches rund 44 000 000 "
 Der bewilligte Zuschuß seitens des Staates rund 29 500 000 "
 Die Zahl der zu beschäftigenden Arbeiter 58 649.

Bei den in Arbeit befindlichen Notstandsarbeiten werden im Laufe des März vermutlich weitere 63 132 Arbeiter Beschäftigung finden können.

Insgesamt werden hierbei also 121 781 Arbeiter beschäftigt werden können.

· Nr. 51 vom 3. März 1919 der „Wirtsch. Demobilmachung“.

Meliorationsarbeiten in Preußen, die sofort in Angriff genommen werden können.*)

(Entwurf, endgültig geprüft, über Genossenschaftsbildung abgestimmt, Beihilfen bewilligt.)

(Nach Angaben der Gruppe X. des D.M.A.)

Umfang der Arbeit	An-	Ar-	Dauer	
				Fluß- regul. in km

Das Areal der zu meliorierenden Fläche ist etwa anderthalbmal so groß als die Insel Rügen. Die Flußlänge ist so lang wie die Wolga.

Bemerkung des Herausgebers: Diese Zusammenstellung ist irreführend. Zahl der Arbeiter und Kostenbetrag ist nach Friedenszeiten berechnet. Durch Verkürzung der Bauzeit können in vielen Fällen bedeutend mehr Arbeiter eingestellt werden! S. D.

Das Havelländische Luch.

(Auszug aus einem Brief.)

Rauen, den 16. Juni 1916.
Friedrichstraße 1.

Ihr geehrtes Schreiben vom 14. d. M. hat mich besonders interessiert, da in dem großen Havelländischen Luch Arbeitskräfte in großer Menge stets wertvoll beschäftigt werden können.

Den Feldgemüsebau habe ich auf dem Gelände der Landgesellschaft Havelland-Ruppiner bereits in der Hauptsache zum Abschluß gebracht. Gemäß dem Bestellungsplan sind etwa 180 Morgen verschiedener Gemüsearten angebaut worden. Es wäre mir sehr erwünscht gewesen, den Anbau dieser Gemüsearten noch erheblich zu verstärken.

Wenn der Anbau von Gemüse noch weiterhin gefördert werden sollte, was ich für durchaus erwünscht halten würde, so ist allerdings erforderlich, die Sache tatkräftig anzufassen. Mit philosophischen Betrachtungen allein kommt man nicht vorwärts. Die Jahreszeit ist weit genug vorgeschritten, daß an sich schon die Auswahl für die anzubauenden Früchte eine geringe ist. Bei vorhandenem Pflanzmaterial kann in den nächsten 2—4 Wochen noch Rotkohl — Weißkohl — Wirsingkohl angebaut werden. Ueber diesen Zeitpunkt hinaus würde ein Anbau dieser Früchte nicht mehr zweckmäßig sein, es verbleibt dann allein der Anbau von Kohlrabi, Grünkohl, Kohlrüben, Spinat und Wasser- rüben. Bei Kohlrüben dürfte die Anbauzeit äußerst in 6 Wochen abgeschlossen sein, während die anderen Früchte wie Spinat, Wasserrüben und Grünkohl noch bis Ende August bzw. Anfang September bestellt werden können.

*) Ein geringer Teil ist bereits in Ausführung begriffen.

Die Hauptschwierigkeit betreffend Arbeitskräfte liegt in der Schaffung von Unterkunftsräumen. In dem mir zur Verfügung gestellten Vorwerfe Ribbeckshorst könnte ich allenfalls für 20 Leute Unterkunft bieten. Eine andere Unterkunftsmöglichkeit ist nicht vorhanden. Es würde daher notwendig sein, unverzüglich mit der Einrichtung von Wohnbaracken vorzugehen.

Zu den von Ihnen gestellten Fragen antworte ich im einzelnen wie folgt:

1. Frühbeekulturen können im Moor wie in jeder anderen Gärtnerei betrieben werden. Früher Feldgemüsebau leidet unter den im Moore auftretenden Frühjahrskräften. Es ist daher notwendig, mit frühen Freilandkulturen vorsichtig zu sein. Ist die Frostgefahr überstanden, so kann man nach den jetzt vorliegenden Erfahrungen den Anbau jeder Gemüseart als gesichert betrachten. Zu erwähnen sind insbesondere recht günstige Erfahrungen mit dem Anbau von Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Kohlrabi, Speisekohlrüben, in den verschiedensten Sorten, unter den Hülsenfrüchten auch Erbsen und Bohnen. — Die sich langsam entwickelnden Möhren hatten im Frühjahr unter Verwehungen zu leiden. — Feldbohnen waren im Ertrag befriedigend, stellten ihre Entwicklung aber ein, als der erste größere Herbstfrost Ende September eingriff. Zu erwähnen sind noch als dankenswerte Pflanzen Blumenkohl und rote Rüben, endlich Wasserrüben als Herbstbepflanzung.

2. Die im Luch erzielten Erträge haben, sofern nicht die vorjährige Sommerdürre und Fröste eingewirkt haben, zum größten Teile die Höchstgrenze der Flächenerträge erzielt. Bei Speisekohlrüben kann man auf 200—300 Ztr. pro Morgen rechnen, ebenso bei den Kopfkohlarten. Kohlrabi und Spinat, die eine kurze Wachstumsdauer haben, können wechselnd angebaut werden. Ein direkter Ernteaussfall war bei keiner einzigen Fruchtart festzustellen.

6. Durch die vorzüglichen technischen Arbeiten der Bodenverbesserungsgenossenschaft Westhavelland sind Verkehrswege durch das große Luch in ausreichendem Maße angelegt, so daß Neuanlagen dieser Art nicht mehr nötig sind.

7. Ebensovienig ist die Anlage von Stichgräben erforderlich, da die Binnenentwässerung durch die technischen Arbeiten der genannten Genossenschaft ebenfalls vollständig durchgeführt worden ist.

Aus der Beantwortung der Fragen 1 und 7 ist zu entnehmen, daß ein großes Gebiet jetzt schon im vollen Umfange erschlossen ist, um landwirtschaftliche Kulturarbeiten auszuführen.

Im Interesse des Gemüsebaus würde es erwünscht sein, mit der Einrichtung einer *Verregnungsanlage*, die in Folge des hohen Grundwasserstandes nicht zu große Mittel erfordern würde, vorzugehen. Um endlich die Möglichkeit zu haben, sämtliche Erntematerialien und Abfälle, die nicht an den Markt gebracht werden können, zu verwerten, würde die Errichtung einer Gemüsetrocknungsanlage in ausreichendem Umfange vorzunehmen sein.

Wie schon eingangs des Schreibens erwähnt, beabsichtige ich gegenwärtig den Gemüsebau nicht weiter auszudehnen, vielmehr sollen die jetzt durch Motorarbeit neu kultivierten Flächen zur Anlage von Wiesen- und Weidenpfeffeln verwendet werden. Da die Arbeitsleistung der Motorgeräte im allgemeinen eine günstige ist, könnte aber fortgesetzt auf diesem Wege eine größere Fläche Gemüsefeld ohne besondere Schwierigkeiten beschafft werden. Es würden dann die Flächen, die später als Grasländerei niedergelegt werden sollen, zunächst dem Gemüsebau dienen.

gez. Sobotta.

Wenn man annimmt, daß von dem Hochmoorareal ungefähr $\frac{1}{3}$ in Weide, $\frac{1}{4}$ in Bauernhöfe von 80 ha, $\frac{1}{4}$ in Siedlerstellen von je 10 ha Größe umgewandelt werden, so würden die 1 026 000 ha liefern können:

128 250 ha abgeforderte Weideflächen,
 3 200 Bauernhöfe zu 80 ha,
 64 175 Siedlerstellen zu 10 ha.

Auf der gesamten Fläche würden daher, wenn man von den auf den Weideflächen anzusehenden Hirten- und Eigentümerfamilien abzieht, 67 375 größere und kleinere Siedlerfamilien ihren Lebensunterhalt finden können.

Ein 80 ha großer Hof kann aus sich selbst heraus 135,2 dz, die 3200 größere Höfe, also 432 640 dz Vieh lebendgewicht erzeugen.

Ein 10 ha großer Hof kann jährlich 10,7 dz, die 64 175 kleineren Höfe mithin 686 672 dz Lebendgewicht zum Verkauf stellen, während die Weidefläche von 128 250 ha 384 750 dz Lebendgewicht hervorbringen kann. Es ist somit jährlich ein Zuwachs an Marktvieh im Betrage von rund 1 504 060 dz zu erwarten.

An unkultiviertem Niedermoor sind vorhanden 1 032 000 ha. Unter der Annahme, daß davon noch 10 % kolonisiert würden, könnten die übrigen 90 % = 928 000 ha 2 786 400 dz jährlich an Lebendgewicht erzeugen.

Unter der weiteren Annahme, daß von den selbständigen Wirtschaften bleibenden 103 200 ha rund 50 000 ha in Großbetrieb, der übrige Teil in 10 ha große Kleinbetriebe aufgeteilt, und das in den 6320 Kolonien erzeugte Vieh gänzlich von den Inhabern aufgezehrt wird, entfällt auf die 50 000 ha noch eine Leistung von $50 000 \times 1,97$ dz, d. i. 98 500 dz Vieh lebendgewicht.

Die Gesamtproduktion an Lebendgewicht auf bisher nicht kultiviertem Niedermoor stellt sich also auf 2 884 900 dz.

Auf bisher unkultivierten Flächen darf mithin eine Erzeugung von Marktvieh lebendgewicht erwartet werden:

auf dem Hochmoor	1 504 000 dz
" " Niedermoor	2 284 900 dz
" " Mineralboden	3 750 000 dz
<u>In ganzen 8 138 900 dz</u>	

Dabei würden

auf dem Hochmoor	67 375 Familien
" " Niedermoor	5 320 "
<u>im ganzen 72 695 Familien</u>	

kleinerer oder größerer Wirtschaften ihren Lebensunterhalt finden können.

Nach Angaben des Geheimrats Fleischer.

Ueber leichten Sandboden

und dessen Ausnutzung bringen die „Mitteilungen der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“ vom 22. Februar 1919 einen Aufsatz, aus dem folgendes entnommen sei:

Bei leichtem Sandboden 7. und 8. Klasse, der an der Grenze der Anbauwürdigkeit steht, ist man erst in jüngster Zeit zum Versuch in einer intensiveren Ausnutzung übergegangen, und zwar durch die Einführung der Thomasmehl-Rainitdüngung.

Bisher wurde vielfach Roggen angebaut, aber bei den schlechten Düngerverhältnissen wird man zu Hackfruchtanbau übergehen müssen.

In erster Linie kommen Kartoffeln in Betracht, dann Lupinen. Ferner der Saradellaklee und der Tabak. Wenn der Dünger nicht ausreicht, muß ein Teil des Bodens ruhen.

Daneben käme aber auch der Sandboden für die Obstkultur in Frage. Besonders auf genossenschaftlicher Grundlage finden Früchte eine lohnende Verwertung. So macht Heinrich Semler darauf aufmerksam, daß Preiselbeeren, die auf Moorboden gepflanzt wurden, den zehnfachen Ertrag von Weizenboden bringen. In Deutschland befinden sich auch Moorflächen in höheren Lagen, auf denen sicherlich Preiselbeeren wachsen würden. Wenn Anbaubersuche hiermit glückten, würde eine erhebliche Wertsteigerung des Bodens erzielt werden.

Schließlich könnte auch noch die Holzzucht ausgedehnt werden. Besonders wäre die Akazie geeignet, die auch zur Futtergewinnung, besonders bei der Kleintierzucht, dient.

Wenn die Industrie sich bei uns senkt, muß die Landwirtschaft gehoben werden. Dazu brauchen wir die ausgedehnten Flächen unseres Sandbodens, der aus seiner Stellung als Stiefkind im Interesse der Gesamtheit herausgehoben werden muß.